

Bezugspreis:

Monatlich 10.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Zeit und Geist', der Unterhaltungsbeilage 'Humor' und der Beilage 'Sittung und Kleinigkeiten' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgeheilten Anzeigenblätter kosten 500 M. 'Aktion Anzeigen' das fertige Blatt 100 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 23. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutschlands Wiederaufbauvorschläge

Berlin, 23. April. In der Wiederaufbaufrage hat die deutsche Regierung folgende Note an die Reparationskommission gerichtet: Deutschland ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens in der Welt unumgänglich notwendig ist, die im Kriege zerstörten Gebiete wieder aufzubauen.

Für die Art der Durchführung des Wiederaufbaus erlaubt sich die deutsche Regierung unter

Ausbeziehung ihrer seit 1919 gemachten Angebote zusammenfassend auf folgende Möglichkeiten hinzuweisen:

I. Deutschland könnte den Wiederaufbau bestimmter Städte, Flecken oder Dörfer oder bestimmter zusammenhängender Teile des Wiederaufbaugesbiets unter Uebernahme sämtlicher Kosten in eigener Regie oder durch Vermittlung eines internationalen Siedlungsunternehmens übernehmen.

II. Deutschland ist ferner willens, unabhängig von der zu I vorgeschlagenen Regelung seinen Entschluß zu betätigen, alsbald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Nordfrankreichs und Belgiens alle Hilfsmittel bereitzustellen.

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten.

- 1. In den zerstörten Gebieten sofort nach Weggabe der näheren Wünsche der alliierten Regierungen Aufräumungsarbeiten und Aufforstungsarbeiten vorzunehmen; 2. Ziegeleien im Aufbaugesbiet in Stand zu setzen oder neu zu errichten, ebenso Kalk-, Gips- und Zementwerke dazwischen zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Bewertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Baustoffe zu können, hierüber hinaus heimische Baustoffe und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern; 3. Vorsehrungen zu treffen, daß die im Aufbaugesbiet nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Bauzwecke aus Deutschland herangeführt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind; 4. Sofort mit der Anfertigung von Wochenhäusern aller Art, mindestens aber 25 000 Hochhäusern (Wohnhäusern) zu beginnen und diese vor Beginn der kälteren Jahreszeit aufzustellen, um der ungemein dringenden Wohnungsnot in den zerstörten Gebieten vorerst zu begegnen; 5. Dazu die Ausstattung, z. B. die Möbel, Ofen, Kochherde und Kochgeschirre zu liefern; 6. nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen. Ob diese Bauten in eigener Regie der französischen oder der deutschen Regierung oder in gemeinschaftlichem Betriebe oder durch private Unternehmerbetriebe oder unter Zulassung aller drei Betriebsformen ausgeführt werden sollen, wird nach den Wünschen der alliierten Regierungen zu bestimmen sein.

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten.

Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen einschließlich der Organisationen der Angestellten und Beamten versichert die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken.

III. Die Verständigungs über alle hiernach zu klärenden Fragen erfordert eine gewisse Zeit, andererseits haben die Geschädigten ein großes Interesse an einem schnellen Ausbau ihrer Wohnstätten und Anlagen. Die deutsche Regierung erklärt sich deshalb bereit, sofort und bis zur Schaffung einer weiteren Regelung denjenigen Geschädigten, die ihre zerstörten Häuser und sonstigen Anlagen wieder aufzubauen sehen wollen,

IV. Falls die alliierten Regierungen wünschen, daß die Mitwirkung der deutschen Regierung am Wiederaufbau in anderen als den vorgeschlagenen Formen erfolgt, so ist die deutsche Regierung bereit, jede von alliiertem Seite gegebene Anregung und jeden gemachten Vorschlag eingehend und gewissenhaft zu prüfen und zu erörtern,

um auch in jeder anderen den dortigen Wünschen entsprechenden Form am Wiederaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Regierung bittet die alliierten Regierungen, die erforderlichen Bepfehlungen über Einzelheiten der zu treffenden Regelung möglichst sofort einzuleiten.

Antwort auf die Goldforderung.

Heute ist die deutsche Antwortnote auf die Forderung der Entente, den Goldbestand der Reichsbank in das besetzte Gebiet zu überführen, an die Reparationskommission abgegeben. Die Note nimmt Bezug auf den § 248 Absatz 2 des Friedensvertrages, der bestimmt, daß die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der Reparationskommission weder Gold ausführen noch darüber verfügen kann.

Die deutsche Note mit Vorschlägen in der Reparationsfrage an Amerika dürfte vor heute abend nicht abgehen.

Neue Valutakrise.

Basel, 23. April. (DA.) Die Mark fällt. In den Finanzkreisen der Schweiz sieht man die derzeitige Lage recht pessimistisch an. Man befürchtet eine allgemeine europäische Krise und einen Zusammenbruch Deutschlands, wenn die Alliierten ihre neuen Strafmaßnahmen in die Tat umsetzen.

Die kritische Weltlage.

Der Reichstag kann heute um 3 Uhr noch nicht verhandeln, weil die Regierung um diese Zeit den Wortlaut ihrer neuen Vorschläge noch nicht mitteilen kann. Das erfordern die Fraktionsführer in der gestrigen Spätabend-Besprechung in der Reichstanzel. Die Regierung stellte sich dort auf den Standpunkt, daß Mittelungen, die sie über den Stand der Angelegenheit machen wollte, als streng vertraulich zu behandeln seien und nicht einmal an die Fraktionen weitergegeben werden dürften.

In der sozialdemokratischen Fraktion hat die Aussicht, die Debatte auf Montag vertagen zu müssen, stark verstimmt gewirkt. Man rechnet damit, daß die deutschen Vorschläge im Ausland schon heute, in Deutschland morgen früh bekannt werden, und empfindet starkes Mißbehagen darüber, daß der Reichstag wieder mit seiner Kritik nachhinken soll. Die sozialdemokratische Fraktion schlägt daher vor, entweder noch heute eine Nachsitzung oder aber morgen, Sonntag, eine Vormittagsitzung anzuberaumen.

Die neuen deutschen Vorschläge richten sich an den Präsidenten Harding, während die Entente schon zu verfahren gegeben hat, daß sie jede Vermittlung ablehnt und, wenn überhaupt, direkt zu verhandeln wünscht. Der Entente, d. h. der Reparationskommission, ist aber inzwischen ein Teil der deutschen Vorschläge, nämlich jener über den Wiederaufbau, förmlich übermittelt worden. Es besteht also in diesem Augenblick die eigentümliche diplomatische Lage, daß die deutsche Regierung über einen Teil ihrer Vorschläge mit der Entente direkte Verhandlungen sucht, während sie zu Verhandlungen über den Gesamtplan die Vermittlung des Präsidenten Harding anruft.

Daß dieser innere Widerspruch auf der anderen Seite Anlaß zur Kritik geben wird, ist vorauszu sehen. Indes dürfte es bei einigem guten Willen möglich sein, auch den Gesamtplan in kürzester Zeit auf den Weg direkter Verhandlungen zu bringen, wobei dann Amerika von der Rolle eines Vermittlers in die eines Mitbeteiligten zurücktreten würde. Die Entente wird ihr Verhalten wohl auch kaum lediglich von formale Gründen bestimmen lassen, sondern in erster Linie von dem Inhalt der deutschen Vorschläge.

Die entscheidende Frage der nächsten Tage ist, ob gegebene Verhandlungsmöglichkeiten durch vorzeitige Gewaltmaßnahmen zerschlagen werden sollen, ein Vorgehen, zu dem Frankreich, nach der Haltung seiner Presse zu urteilen, auch heute noch geneigt zu sein scheint.

Tirol und die Sozialdemokratie.

Von Dr. Franz Gruener.

Der Landeshauptmannstellvertreter von Tirol, unser Parteigenosse Dr. Franz Gruener, schreibt über die Tiroler Anschlussbewegung und das Verhältnis der Sozialdemokratie zu ihr in der 'Innsbrucker Volkszeitung':

Die Kundmachung, die in Vollziehung eines mehrfachen Tiroler Landtagsbeschlusses die Volksabstimmung über die Frage: 'Wird der Anschluß an das Deutsche Reich gefordert?', verfügt ist von sämtlichen Mitgliedern der Tiroler Landesregierung, also auch von den beiden Sozialdemokraten, unterfertigt. Die Obmänner des Klubs der katholischen Volkspartei und des Verbandes des Großdeutschen Abgeordnetenklubs haben einen Aufruf dieser Kundmachung beigefügt. Die Obmänner der sozialdemokratischen Landtagsfraktion haben diesen Aufruf nicht unterschrieben.

Der christlichsoziale Bundeskanzler Dr. Rapp hat den ihm gegen die Anschlußabstimmung vorgebrachten Einspruch des französischen, italienischen und englischen Gesandten der Tiroler Landesregierung telephonisch und über deren Verlangen telegraphisch ohne Zusatz mitgeteilt. Die darauf einberufene Obmänner-Konferenz des Tiroler Landtages hat gegen die Meinung der Sozialdemokraten beschlossen, daß der Tiroler Landtag über die Frage, ob die Abstimmung zu verschieben oder aufzuheben sei, nicht einberufen werde.

Gegen den Anschlußgedanken selbst sind außer den wenigen unentwegt habsburgisch Gesinnten aus ähnlichen politischen Gründen die Pfarrerkreise des Abgeordneten Prälaten Schoepfer, aus valutarischen Gründen zurzeit vielfach Bewohner des Grenzkreises Reutte. Eine offene Gegenagitation ist bisher nicht zu erkennen, dagegen war bis vor kurzem das Interesse an einer vorzunehmenden Abstimmung besonders im Oberinntal und bei der bäuerlichen Bevölkerung ein sehr geringes.

Wir werden nun vielfach gefragt, wie sich die Sozialdemokratie Tirols, die die zweitstärkste Partei des Landes bildet, zur Anschlußfrage und Abstimmung stellt.

Die Sozialdemokratie der Republik Oesterreich hat zu allen Zeiten und wiederholt in feierlicher Form gegen die Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes protestiert und aus nationalen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen den Anschluß unserer Republik an das Deutsche Reich gefordert, weil insbesondere nur dadurch der Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft am raschesten, einfachsten und sichersten verhindert und der wirtschaftliche Aufschwung unseres Volksteiles dauernd gewährleistet erscheint. Die Sozialdemokratie Oesterreichs verlangt die Volksabstimmung in der ganzen Republik und, gestützt auf dieses Votum, von der Entente bzw. dem Völkerbund die Aufhebung des Anschlußverbotes.

Wir Tiroler Sozialdemokraten haben daher auch im Landtag stets und konsequent unserer politischen Meinung Ausdruck gegeben, daß wir den Anschluß der Republik an Deutschland fordern, daß aber nicht ein einzelner Teil ohne Rücksicht auf die Volksgenossen der anderen Bundesländer darüber abzustimmen hätte oder gar selbständig sich anschließen könnte, während die anderen noch mehr geschädigt zurückbleiben, sondern daß dies durch den ganzen Bund erfolgen müsse. Wir verlangten daher auch im Tiroler Landtag, daß die Abstimmung, ob das Volk den Anschluß wolle, vom Bunde für den ganzen Bund zu veranlassen sei.

Wir haben daher das Verlangen nach einer selbständigen Abstimmung in Tirol stets bekämpft, und es ist nicht richtig, daß der Beschluß auf Durchführung einer solchen einseitig zustande gekommen wäre. Da aber der Landtag mit einer Zweidrittelmehrheit, gebildet aus der katholischen Volkspartei und den Großdeutschen, im Ewentualfalle, daß die Nationalversammlung die Abstimmung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht vornehme, beschloß, eine solche Volksbefragung in Tirol allein durchzuführen, müssen wir uns diesem Beschlusse fügen und dessen Durchführung verlangen, es sei denn, daß ein neuer Landtagsbeschluß den früheren abändere.

Für den Fall der geforderten Abstimmung in Tirol rufen wir, die Abstimmung mit den Landtagswahlen, die in weni-

gen Wochen stattfinden, zusammenzulegen. Diese Forderung wurde nicht aus Parteigründen gestellt — ein gemeinsames Forum schädigt die vorstehende Minderheitspartei — sondern aus praktischen Gründen, im Interesse einer möglichst großen Beteiligung an der Abstimmung. Da nun die beiden anderen Parteien eine frühere besondere Abstimmung wünschen und eine Einigung in dieser Frage nicht gesucht, sondern wir niedergestimmt wurden, haben wir eine Verantwortung für einen Misserfolg abgelehnt und aus diesem Grunde den Aufruf der Obmannkonferenz für unsere Partei nicht mitunterzeichnet.

Unsere Beforgnis, daß die Beteiligung an der Abstimmung eine recht unerfreuliche sein könnte, schien nach allen Berichten wohl gerechtfertigt zu sein. Eine Begeisterung für die separatistische Abstimmung in Tirol war zur Zeit zweifelsohne nicht vorhanden. Die erste Kundmachung über das Wahlrecht gleich eher einer Sabotage des Landtagsbeschlusses durch die Regierungsjuristen. Für die Agitation standen kaum 14 Tage zur Verfügung. Die zweite, infolge unserer Mitarbeit und auf unsere Veranlassung ausgegebene Kundmachung, erweitert das Wahlrecht und gibt richtiger das Wahlrecht allen jenen, die durch das Verschulden der Behörden oder aus eigenem nicht in der Wählerliste des Jahres 1920 enthalten sind, seither zugewandert oder das richtige Wahlalter erreicht haben, schließt die für die Republik seit Monaten Optierenden ein und verhindert, daß Heimatsberechtigte, die in Tirol ihren ordentlichen Wohnsitz haben, nach Innsbruck zur Abstimmung fahren müßten. In Innsbruck allein bedeutet dies einen Zuwachs von mindestens 4000 Stimmen. Erst durch diese zweite Kundmachung erscheinen alle nach den geltenden Wahlgesetzen Berechtigten auch für diese Abstimmung erfasst. Durch den Einspruch der Ententevertreter in Wien, also ganz zufällig, ist ein frischerer Zug in der Agitation und eine größere Teilnahme der Bevölkerung zu bemerken. Gewalt und Verbot vertragen die Tiroler nicht. Er gewinnt Interesse und wird zur Abstimmung schreiten.

Wir Sozialdemokraten Tirols lehnen mit Recht eine Verantwortung für die separatistische Abstimmung in Tirol und für ein eventuelles Mißlingen wegen der Kürze der Zeit und der Sorglosigkeit der Vorbereitung ab. Nach den vielfachen Erfahrungen mit den bürgerlichen Parteien wollen wir auch nicht in gemeinsamen Versammlungen mit ihnen arbeiten. Da wir aber für den Anschluß an Deutschland sind und die Abstimmung durch Landesgesetz durchgeführt wird, werden wir, um der großen nationalen Idee nicht zu schaden, Mann für Mann, Frau für Frau am Abstimmungstage zur Urne gehen. Da wir am besten organisiert und in den größeren Städten und Orten konzentriert sind, unsere eigenen Versammlungen, von denen die bürgerliche Presse bisher nicht berichtet hat, stark besucht sind, kann dies für die Abstimmung einen Zustrom von circa 30 000 Stimmen bedeuten.

Wir verhehlen uns nicht, daß die Einzelabstimmung in Tirol nicht viel mehr sein kann, als eine erste und ernste Demonstration, daß darauf weder Tirol allein sich mit dem Reiche verbünden noch durch weitere länderweise Abstimmung für die nächste Zeit eine Besserung unserer traurigen wirtschaftlichen Lage herbeigeführt werden kann. Aber ebenso richtig ist, daß Tirol, dem man durch den Friedensvertrag von St. Germain den schönsten Teil genommen, die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gelenkt, daß das verteilte Tirol ein besonderes Recht hat, gehört zu werden, daß das freie Tirol gegen die Knechtung seines Willens Widerstand leisten will und der Stein niederrollt.

Die Arbeitsruhe am 1. Mai.

Wie die SS-Korrespondenz meldet, werden am 1. Mai das Fahrpersonal der Straßenbahn, der Hochbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft die Arbeit ruhen lassen. Es handelt sich hierbei um einen prinzipiellen Beschluß des Deutschen Transportarbeiterverbandes, der seinen Mitgliedern empfohlen hat, an diesem Tage nicht zu arbeiten. Der

Ein deutscher Dichter an die Quäker.

Wilhelm Schaefer, der Dichter, hat kürzlich ein paar Briefe an die Quäker veröffentlicht, die mit ihrem eindrucksvollen Bekenntnis zu einem praktischen Christentum der Gesinnung sowohl in Deutschland wie in England das lebhafteste Interesse erregt haben. Nun läßt er jene Briefe zugleich mit einem Nachwort, das aus diesen bekennenden Schreiben die Summe zieht, bei Georg Müller erscheinen.

Unter allen Gemeinschaften unserer Zeit, so schreibt Schaefer, verdient Ihr, die Ihr Euch Freunde nennt, obschon die Menschen Euch Quäker, d. h. die Zitternden, hießen, diesen Namen am wenigsten; denn gerade Ihr habt nicht gezittert, und wenn ein an Euch auffällt, und uns, die wir voll Hader und Unruhe sind, an Euch reizt, so ist es Eure Gelassenheit. Nun ich gerade Euren Geheimnis auf der Spur bin, fällt noch einmal das ganze Lehrgebäude der Dreifaltigkeit über mich her. Was hat die Kirche, was haben ihre Priester aus der einfachen Weisheit des Nazareners gemacht? Wie haben sie mit ihrem Himmel gelobt und mit ihrer Hölle gepeinigt! Und was für eine ungeheure Bemühung des Menschengeistes ist in der Scholastik gewesen, das Dogma mit der Vernunft zu vereinen, bis Meister Eckhart jenseits vom Dogma und jenseits von der Vernunft in seiner gläubigen Seele die Lehre der Liebe wieder fand. Ihr wißt es wie ich, er hat nichts gegen die Kirche vermerkt, er hat nur die Schor jener Blüchlinge erweckt, die zuerst Euren Namen trugen; Gottesfreunde sind sie genannt. Ihr seid nur Freunde, aber zwischen ihnen und Euch liegt ein halbes Jahrtausend, liegt der höchste Aufschwung und der tiefste Niederbruch des evangelischen Glaubens, und im Pietismus der deutschen Kleinbürger ist er beschelben geworden.

Ihr seid, das wißt Ihr wohl, die Bettern des Pietismus; aber als George Fox, Euer Stifter, sein tapferes „Gott spricht nicht aus Euren Bälgen von Papier!“ zur Kanzel hinaufrief, befreite er Euch aus der Sekte, darin sie stecken blieben. Ja, mehr noch: er vollendete damit die Reformation, d. h. die Befreiung des Glaubens aus dem Lehrgebäude der Kirche. Luther, der gewaltige Streiter, hatte die Befreiung ins Gewissen gelegt, aber er hatte es nicht anders vermocht, als mit der Schrift. Euer Stifter hat Euch davon befreit; nun sucht er forscher Ihr auch voran wie wir, aber da sie Euch nicht in Priesterstrenge Gottes Wort, sondern ein Menschenwort ist, da Ihr keine Priester bestellt habt, die angebliche Reinheit der Schriftauslegung zu überwachen, kann sie Euch nicht mehr wie uns die Quelle unablässigen Schriftgeizes sein. Der Strid, den Luther damit der evangelischen Christenheit umband, ist durch Fox zerissen.

Ich weiß nicht, wieviel von seiner Kühnheit, wieviel von der überragenden Größe William Penns noch in Euch lebendig ist; ich sah nur, daß Ihr in diesem Krieg als die einzige Gemeinschaft da-

Magistrat wird am nächsten Mittwoch zu diesem Beschluß Stellung nehmen.

Der Betrieb an den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken wird dagegen am 1. Mai im Rahmen des Sonntagsdienstes ausrecht erhalten. Die Funktionäre der städtischen Werke in einer Vorkonferenz bereits einen entsprechenden Beschluß gefaßt und dabei ausdrücklich betont, daß die lebenswichtigen Betriebe auf keinen Fall stillgelegt werden dürften. Eine Generalversammlung der städtischen Arbeiter und Angestellten, die in den nächsten Tagen stattfinden wird, offiziell den oben angeführten Beschluß der Funktionäre auf Weiterführung der Betriebe bestätigen.

Alles Ehrenmänner!

Max Hölz, Otto Rühle, Franz Pfemfert u. Co.

Der Verteidiger des Max Hölz, Rechtsanwalt Hegewisch aus Celle, läßt durch die „Rote Fahne“ folgendes Schreiben veröffentlichen:

Max Hölz hat mir am Mittwoch, den 13. d. M., also vor seiner Verhaftung, mitgeteilt, daß Otto Rühle und Franz Pfemfert revolutionäre Gelder (60 000 M.) unterschlagen und dies schließlich noch wichtigen Ausflüchten zugegeben hätten; er habe ihnen nunmehr ein Ultimatum gestellt. Bei meiner heutigen Unterredung mit Max Hölz im Untersuchungsgefängnis Raabitz hat Max Hölz mir mitgeteilt, Franz Pfemfert habe ihm zu dem Ultimatum erklärt, daß sie ihn, Max Hölz hochgehen lassen würden, wenn er seine Drohung, der Öffentlichkeit den Sachverhalt mitzuteilen, wahr machen würde. Otto Rühle habe die Ankündigung in ähnlicher Weise brieflich ihm gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Max Hölz hat mir ferner heute im Untersuchungsgefängnis erklärt, daß im Auftrage von Otto Rühle und Pfemfert ein gewisser Henke, ein Freund von Rühle, Ausgleichsverhandlungen versucht habe. Heute habe ihn und den Tischler Röhle, der zusammen mit ihm verhaftet sei, in das Café gelockt, an dessen Ausgang er beim Verlassen verhaftet sei. Auch heute sei zunächst festgenommen und nach dem Polizeipräsidium geschafft, anscheinend aber wieder freigelassen; die Zeitungen hätten nichts über die Verhaftung von Henke berichtet.

Max Hölz hat mir schließlich mitgeteilt, Henke habe ihm, Max Hölz, im Polizeipräsidium erklärt, er bedauere es, daß er die Sache so weit gebracht habe.

Die „Rote Fahne“ bemerkt dazu, es erscheine fast unglaublich, daß Rühle und Pfemfert in ihrem konterrevolutionären Hah der weißen Fäulnis ein Opfer in die Arme jagen“. Wir müssen die Verantwortung für den Inhalt des Schreibens dem Rechtsanwalt Hegewisch und seinem Klienten überlassen. Aber eins sei doch gesagt: Dieser Brief bedeutet ein seltenes Pech für den biederen Franz Pfemfert, der sich seit Jahr und Tag in seinem Blätchen als Sittenrichter über andere Leute aufspielt und ständig die Herausgabe eines „Wer ist's?“ androht, in dem er alle Konterrevolutionäre — das ist die gesamte Menschheit außer Franz Pfemfert — entlarven will. Immerhin kein angenehmes Gefühl für solch einen Anprangerer, selbst in so fataler Weise angeprangert zu werden, und sogar für den Fall, daß ihm Unrecht geschehen sollte, zugestehen zu müssen, daß die eigene Rute ihn schlägt!

Bauer über Gefahren der Republik.

In einer öffentlichen Versammlung des 4. Kreises (Schönhauser Vorstadt) sprach gestern Reichsanwalt a. D. Genosse Gustav Bauer über „Gefahren der Republik“. Er sagte u. a.:

Wir befinden uns heute in einer schwierigeren Lage als beim Friedensschluß im Jahre 1919. Wenn Deutschland ins Chaos gestürzt wird, dann wird die ganze europäische Zivilisation zerstört, auch die der Siegermächte. Die Forderungen der Entente näher beleuchtend, sagte der Redner, daß die Zollmaßnahmen uns wirtschaftlich völlig lahmlegen werden. Frankreichs Streben nach dem Ruhrgebiet ist nicht von heute und gestern. Brand fordert bereits, daß auch das oberflächliche Industriegebiet an Polen abgetreten werden muß, ein Beweis für den Vernichtungswillen Frankreichs Deutschland gegenüber. Heute ist im Reichstag bekannt geworden, daß die Polen bereits Auftrag haben, ihre Truppen, die heute die stärkste Militärmacht Europas sind, bis nach Kottbus vorzudringen. (Große Bewegung.) Wir stehen somit vor dem Untergang, einer Katastrophe, wie sie gar nicht auszu-denken ist.

standet, die sich nicht der Bergewaltigung fügte, daß Ihr mannhaft zueinander und zum Glauben hieltet, als wir einsam blieben, daß Ihr als die ersten aus dem Ring unserer Feinde als wahrhaftige Freunde zu uns kamt. Jetzt bin ich gewiß, daß es nicht Steine waren, die Ihr mit Eurem Brot unseren Kindern brachtet, jetzt bin ich gewiß, daß darin wie in Eurem sonstigen Sein und Tun — und ginge es noch so unscheinbar daher — jene überirdische Macht der Wirklichkeit aufstand, die Jesus in seinem uermenschlichen Wort predigte: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!

Kleines Theater. „Rur ein Traum“ von Pothar Schmidt. Der wachsende Umfang, in dem die Berliner Bühnen, die sonst Premieren brachten, zur Reueinstudierung früher gespielter Stücke greifen, ist zweifellos zugleich ein Zeichen für die noch immer zunehmende Dürftigkeit der laufenden dramatischen Produktion. Das Experimentieren mit einem neuen Stil, der über das naturalistische Charakter- und Gesellschaftsstück hinaus will, hat bisher wenig Fruchtbares gezeitigt. Und auch im Genre des bloßen Unterhaltungsspiels fehlt es an brauchbarem Nachwuchs.

Die Wiederaufnahme des Schmidtschen, etwa vor einem Jahrzehnt erschienenen Lustspiels, was unter diesen Umständen ein glücklicher Griff. Die muntere Laune des Autors, der dem alten, im Leben ja freilich ganz und gar nicht komödiantisch-lustigen Komödienthema der Ehrerungen ein paar neue, ironisch spielerische Lichter abgewinnen, kam, von ungewöhnlich stotter Aufführung getragen, zu amüsanten Wirkung. Eugen Burg als ehelich entgleister, dabei in seine eigene Frau verliebter Schwereinander, der nach Entdeckung seiner Untat die Erklärung der erzürnten Gattin, daß sie mit einem seiner Freunde drauf und dran gewesen sei Gleiches mit Gleichem zu entlocken, für einen bloßen Phantastriek hält und voll überlegenen Selbstbewußtseins, heimlich lachend, darauf eingeht, war glänzend im Durchschnitt von weltmännisch-elegantem Charme, von Armerfünderangst und droßig naiver Dummheit. Olga Limburg als Gattin war eine temperamentvoll feche Partnerin. Eine besondere Hebertragung bot Herr Julius Falkenstein in der Epilodenfigur des wissenschaftlich-logisch räsonnierenden Professors, der dem Verführer seiner Frau, beglückt und dankbar, daß er nun endlich einen Grund zur Ehescheidung hat, Bistte macht. Es war ein Kabinettstück seiner Komik, das über das Niveau des bühnenmäßigen Lustspielscherzes sich erhebend aufs Leben selbst hinauslief. Der Eindruck war so stark, daß bei offener Bühne der Applaus losbrach.

Ein Affen-Roman. „John Daniel“, der dreifache Gorilla, der bisher öfters schon vorgeführt wurde, ist dieser Tage in Rem Part im Vornum-Bekken-Artus an „gebredenen Herzen“ gestorben. Ein merkwürdiges Tiergeschick fand damit seinen Abschluß. John, der nur vier Jahre alt geworden ist, wurde am Kongo gefangen und kam in den Besitz einer jungen Londonerin Miss Cunningham, die das Tier in ihre Wohnung brachte. Zwischen dem Gorilla und seiner Herrin entwickelte sich nun allmählich ein inniges Freundschaftsverhältnis, und im Verlaufe mit der jungen Dame stand sie bei dem gewöhnlich Kuge auf die Erde die ersten Schritte...

Welche Schuld trägt hieran unsere Reichsregierung? Dr. Ammons ging nach London ohne genügende Vorbereitung. Aufgabe der Regierung wäre gewesen, bereits in Spa mit Vorschlägen an die Entente heranzutreten. Die bürgerliche Regierung wartet, bis der Gegner an uns herantritt. Darin liegt die ungeheure Schuld, die die Regierung auf sich geladen hat. Die Freunde des bürgerlichen Blätterkrieges über das endliche mannhafte Auftreten unserer Unterhändler in London besitzen den politischen Unverstand dieser Kreise, denn einen übermächtigen Gegner zu reizen, fordert schärfere Strafmaßnahmen heraus.

Wie schnell nun die bürgerliche Regierung ihren Stolz verloren hat, zeigt das Telegramm an Harding. Die Deutsche Volkspartei, die uns wegen des Friedensschlusses beschimpfte, winkelt jetzt bei Amerika um gut Wetter. Man kann das selbe sagen, aber mit mehr Würde und Achtung vor sich selber im Interesse des Volkes. Harding hat abgelehnt. Das ist der völlige Bankrott der bürgerlichen Regierung. Nunmehr wird man vielleicht die Fortschrittlichen akzeptieren, wenn man sie auch nicht erfüllen kann. Das ist der Erfolg der „Reinprengerpartei“.

Auf die Vorarbeiten übergehend sagte Redner, diese sollten mal darüber nachdenken, warum die Reaktion so eifrig beflissen ist, die Sozialdemokratie aus der Politik auszuscheiden. Die Vorherrschaft des Bürgertums, vor allem in der Verwaltung, beruht nicht nur auf ihrem Reichtum, sondern auch Bildung und Wissen ist ein Hauptfaktor, den die Arbeiterklasse sich aneignen muß. Ohne sie werden wir nie zur Macht kommen, denn Wissen ist Macht. Den äußeren Befehlen der Republik stehen die inneren gegenüber, die durch die ungleiche Beschäftigung, den Kampf der Arbeiter gegen die Arbeiter herangezogen ist. Dies ist diesen Arbeitern heute noch eine größere Hauptsache, als gegen die Reaktion zu kämpfen. In dieser Zeit der Not ist es nicht schwierig, sich gegenseitig herunterzureißen, unsere politische Rechtsposition werden wir sicher nicht damit stärken. Wer an die heilige Kraft seiner Ideen glaubt, kann nicht zulassen, daß ein häßliches Sekten- und Gruppen sich die Macht anmaßt, über andere zu regieren. Gewaltregiment wird nie alt. Wenn eine einzige Arbeiterschaft bei der Wahl zur Nationalversammlung bestanden hätte, kein Bruderkampf und keine Putsch, dann wäre die sozialistische Mehrheit vorhanden gewesen. Durch die Abstinenzpolitik der Unabhängigen nach der Reichstagswahl haben wir die heutigen Zustände. Den Märzputsch und den Zerfall der „Bereinigten“ berührend, sagte Redner, wenn die alte Sozialdemokratische Partei nicht wäre, würde die Reaktion völlig triumphieren.

Die ersten Ausführungen des Redners fanden bei der überfüllten Versammlung stürmischen Beifall. Trotz der Schilderung von der unserem Lande drohenden Gefahr ließ es sich ein Kommunist nicht nehmen, in der Diskussion die alten Thesen abzuleiern. Der berechnete Unwille der Versammlung zeigte jedoch, daß man endlich von diesen Arbeiterschädlingen genug hat.

Englands Arbeiter gegen Ruhrbesetzung.

London, 23. April (W.F.) In dem von dem parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschaftkongresses und dem Vollzugsausschuss der Arbeiterpartei veröffentlichten, unter anderem auch von Henderson unterzeichneten Manifest betreffend die Besetzung des Ruhrgebiets, heißt es: Eine neue Invasion Deutschlands und die Besetzung des Ruhrgebietes sei

morally und politisch zu verwerfen

und würde auch einen Verrat an der eigenen industriellen Wohlfahrt Großbritanniens bedeuten. Selbst wenn bewiesen würde, daß Deutschland wohl fähig, aber unwillig sei, seinen Teil der Reparation zu leisten, würden die vorgeschlagenen Zwangsmittel das Elend der Arbeiterklasse vermehren, die wirtschaftliche Wiederherstellung verzögern und die eigene industrielle Krisis im Inlande verschärfen. Es heißt im Manifest weiter: Die organisierte Arbeiterkraft nicht nur in England und den alliierten Ländern, sondern sogar in Deutschland bestehe darauf, daß die verwüsteten Gebiete Frankreichs vollständig und sofort wiederhergestellt werden. Eingehende Angebote, diese

Schäden mit deutscher Arbeit und deutschen Mitteln wieder gutzumachen,

seien verschiedentlich erfolgt. Bevor nicht bewiesen sei, daß die Verantwortung für den Misserfolg dieser Angebote Deutschland zufalle, könne man nicht der Ansicht sein, daß Deutschland diesen Teil seiner Verpflichtungen nicht erfüllt habe. Der Vorschlag, das Ruhrgebiet zu verwalten und auszubeuten, eine Bevölkerung von vier Millionen unter fremde Militärherrschaft zu bringen und die Bergarbeiter dieses Gebiets (sogar Zwangsarbeit leisten zu lassen, sei ebenso ungewiss als gefährlich. Früher oder später wird

an. Er lernte mit Gabel und Messer essen, ging stolz einher in Beinleid und Lade, fuhr mit seiner Herrin im Automobil, wobei es ihm besonderen Spaß machte, die Maschine anzuturbinieren und dann seinen Platz im Wagen einzunehmen; er öffnete sich selbst die Balkontür, trat auf den Balkon heraus und sah auf die unien wandelnde Menge herab. Natürlich blieb dies so ungewöhnliche Auftreten eines so interessanten Tieres nicht lange unbekannt, und der Ruhm des Affen drang auch über den Ocean. Wie nicht selten im Leben, so war auch hier der Ruhm der Anfang des Unglücks. Der Ruf von dem dressierten Gorilla kam auch der berühmten amerikanischen Zirkusfirma zu Ohren, und nun bestürmten die verführerischen Angebote die junge Miß, damit sie den Gorilla veräußere. Schließlich konnte ihre Liebe zu dem Tier dem stillen Kaufpreis von 5000 Dollar nicht standhalten, und sie überantwortete John Daniel einem Abgesandten des Zirkus, der mit ihm über das große Wasser fuhr. Aber John war kaum in seiner neuen Umgebung angekommen, als er zerkränkte begann und all seine Lustigkeit und Frische verlor. Man war gezwungen, ihn nicht mehr auftreten zu lassen, und die Aerzte, die sich mit dem interessanten Fall beschäftigten, erklärten, der Gorilla leide an Sehnsucht nach seiner Herrin, und nur ihre Anwesenheit würde ihn heilen können. Ein Telegramm ruft Miß Cunningham herbei; an Bord der „Celtia“ reist sie sofort aus England ab. Aber sie kam zu spät. Der Gorilla war bereits gestorben.

Erkennführungen der Woche. Dienst. Schiller-Platz: 100 000 Taler. Mittwoch. Schiller-Platz: „Die selbige Gezellen“. Sonntag. Central-Platz: „Blanka“. Romische Oper: „Hilf, Heibelberg“. Mittwoch. „Rur nicht drängeln“. Theater des Weltens: „Morgen wieder lustig“.

Musik. Die Riederstädtische Musikvereinigung veranstaltet am Dienstag, 7. Uhr, im Schubert-Saal (Bühnenstraße) einen Sommerkonzert des Steiner-Kollegium-Quartetts (Bräms, Paul, Ciel, Doorn).

Irania-Vorträge. Sonntag: „In den Bergen Tirols“. Montag: „Hinter den Kulissen des Fernsprechers“. Dienstag: „Von San Remo nach Florenz“. Mittwoch: „Epiet: „Hilf, Heibelberg“. Donnerstag: „Die schöne deutsche Stadt“. Freitag: Dr. Köhler: „Forschungen an Menschenaffen“. Sonnabend: „Epiet und der Nil“.

Remuole Kunst. Heinrich Campendonk, der holländische Maler, hat von der Pariser „Société Anonyme“ die Einladung erhalten, dort 1924 eine Sammlung seiner Bilder anzustellen. Einen interessanten Besuch machte diese Gesellschaft kürzlich mit einer Ausstellung von vier namenhaften Bildern, zum Protokoll gegen die Übernahme von Profits und Verlust, nur dann sie über ein Kunstwerk auszusprechen, wenn sie die Signatur, gelassen haben.

Der 2. Praenuntiatus der Heimbilderschule in Schloß Tins findet vom 16. August bis zum 15. Dezember statt. Anhabende haben Wälder und Prassen im Alter von 18 bis 30 Jahren. Voraussetzung ist eine gute Volksschulbildung. Der Lehrling erhält u. a.: Unterweisung in Natur und Gesellschaft, Volkswirtschaft, Bäckerei, Verkaufswesen, Internat und Ansehensdienste, Philosophie, Sozialismus, Germanistik, Englisch, Griechisch. Die SchülerInnen erhalten Kost und Wohnung. Der Vertrag zum Praktikum beträgt monatlich 120 M. Bewerbungs schreiben mit einem Foto und zwei kurzen Lebenslauf sind bis zum 1. Juni d. J. an

